

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Erwin Angerer, Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Teuerungsstopp und Inflationsausgleich Jetzt !**

eingebracht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag 2238/A(E) der Abg. Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Teuerungsbremse jetzt, Herr Bundeskanzler! in der 141. Sitzung des Nationalrats am 23. Februar 2022.

Die COVID-19-Krise hat zu einer nachhaltigen Störung der österreichischen Wirtschaft geführt. Die COVID-19-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung haben zur Folge, dass sich noch immer eine große Zahl von Arbeitnehmern in Kurzarbeit befindet bzw. beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos gemeldet ist und hunderttausende kleine und mittlere Unternehmer in ihrer Existenz massiv bedroht sind.

In Folge der weltweiten Corona-Maßnahmen wurden Lieferketten gestört, Monopole und Oligopole für breite Produktpaletten geschaffen und dadurch insgesamt eine fortgesetzte Preistreiberei bei Rohstoffen und Großhandelsgütern weltweit geschaffen, die jetzt mit voller Wucht die Konsumenten treffen.

Die türkis-grüne Steuerreform hat keine Maßnahmen hervorgebracht, die zu einer Entlastung der Arbeitnehmer, Familien und der Wirtschaft tatsächlich geeignet sind, ganz im Gegenteil, es kommt zu einer „grünen“ Preistreiberei durch Steuern und Abgaben unter dem Mäntelchen des Klimaschutzes.

Aktuell führt die weltpolitische Lage, insbesondere der Ukraine-Konflikt und die wechselseitigen Wirtschaftssanktionen zu einer weiteren Verknappung von Rohstoffen und Welthandelsprodukten, die zu einem fortgesetzten Preisanstieg führen.

All das führt zu einer fortgesetzten Inflation und damit schlussendlich zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Die FPÖ setzt dem ein Maßnahmenpaket entgegen, das zu einer Kaufkraftstärkung, einem Teuerungsstopp und Inflationsausgleich führt.

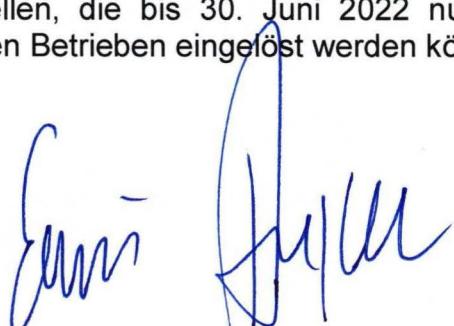
Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

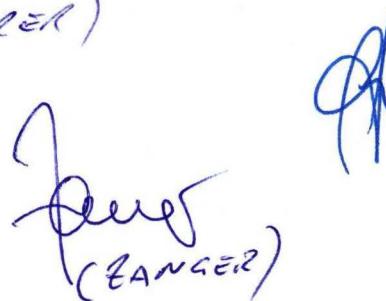
Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die Regelungen für ein Maßnahmenpaket zu einem Preismonitoring und einem Inflationsstopp in COVID-19-Zeiten beinhaltet:

- Schaffung eines COVID-19-Warenkorbs, der die Preise für Waren und Dienstleistungen wie etwa Lebensmittelpreise, Hygieneartikelpreise, Mietpreise, Heizkostenpreise, Spritpreise, Fahrtkostenpreise im öffentlichen Verkehr usw. beinhaltet.
- Bereitstellung der Daten zur Schaffung des COVID-19-Warenkorbs durch die Statistik Austria.
- Schaffung eines COVID-19-Preisbandes, das beim Abweichen einzelner Endverbraucherpreise, d.h. mehr als zehn Prozent, beim zuständigen Konsumentenschutzminister eine Informationspflicht an den zuständigen Konsumentenschutzausschuss des Nationalrats auslöst.
- Verpflichtung des Konsumentenschutzministers, die Erlassung eines Preisstopps für einzelne Waren und Dienstleistungen mit einer Befristung von 30, 60, 90 bzw. 120 Tagen je nach Anlassfall vorzunehmen.
- Einführung einer Treibstoff-Preisdeckelung in Form einer Abgabenreduktion auf Treibstoff.
- Keine Umsatzsteuer auf Umsätze mit Strom und Gas zumindest bis 31.03.2023.
- Eine monatliche Inflationsanpassung aller Sozialleistungen (Pensionen, Sozialhilfe, Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld&Notstandshilfe usw.) auf der Grundlage der aktuellen Preisentwicklung.
- Jedem österreichischen Staatsbürger Gutscheine im Wert von insgesamt 1.000.- Euro auszustellen, die bis 30. Juni 2022 nur bei heimischen und in Österreich steuerpflichtigen Betrieben eingelöst werden können."


(ANGERER)


(BECLAKOWITSCH)


(TANGER)


(HÄUSER)


(WUNN)

